

15. Mai 2003, Tages Anzeiger, Zürcher Oberländer und PS

## **Offener Brief an Bundesrätin Calmy-Rey**

Sehr verehrte Frau Bundesrätin, liebe Genossin,

Wir gratulieren Ihnen zu Ihren beharrlichen Bemühungen um die Sache des Friedens und der Humanität, zu Ihrer klaren Haltung zum Völkerrecht, und zu Ihrem unkonventionellen, volksnahen Führungsstil.

Sie tragen die Verantwortung für die schweizerische Aussenpolitik in einer schweren Zeit. Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen haben sich zwei der Gründerstaaten, die USA und Grossbritannien, demonstrativ über die UNO als Schiedsrichterin bei internationalen Konflikten hinweggesetzt. Sie massen sich das Recht an, jeden anderen Staat mit Krieg zu überziehen, von dem sie sich bedroht fühlen, auch wenn die Völkergemeinschaft diese Bedrohung nicht anerkennt. Mit dem Bombenterror gegen Irak haben sie dafür ein Exempel statuiert, und bereits werden andere Staaten – Syrien, Iran – als nächste Ziele genannt. Lang werde der «Krieg gegen den Terrorismus» sich hinziehen, hat der Präsident der USA angekündigt. Seine Berater sprechen gar von einem «Vierten Weltkrieg», der die Strukturen im Mittleren Osten von Grund auf umgestalten soll.

Ein derartiges Grossmachtstreben ist aus der Geschichte nur allzu gut bekannt; es hat der Welt schon mehrmals unsägliche Leiden gebracht. Die UNO wurde 1945 gegründet, um dem mörderischen Wüten der Nationen ein Ende zu bereiten: der Krieg als Mittel der Politik wird geächtet, an die Stelle der nackten Gewalt tritt das Völkerrecht verbindlich geregelt in der Charta der Vereinten Nationen. Dieses Prinzip, verbunden mit allgemeiner Abrüstung, wie sie auch die Supermächte im Atomsperrvertrag zugesichert haben, ist unabdingbar für eine menschenwürdige Zukunft .

Sie haben, Frau Bundesrätin, die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben in klaren Worten auf die Verantwortung der Schweiz als UNO - Mitglied hingewiesen, auf die besonderen Verpflichtungen, die uns das Neutralitätsrecht auferlegt und auf unsere humanitäre Tradition. Sie haben vor dem Irak-Krieg gewarnt und das Unrecht in scharfer Rede angeprangert. Dabei waren Sie von einer breiten öffentlichen Zustimmung getragen. Leider sahen Sie sich aber einer gehässigen Kritik ausgesetzt: was berechtigter Empörung und Sorge entsprang, wurde Ihnen als persönlicher Geltungsdrang ausgelegt. Ihre politischen Vorstösse wurden durch Geschäftemacher und Opportunisten torpediert.

Hoffen wir, dass Ihnen die Kräfte nicht mangeln bei dem, was noch auf Sie und auf uns alle zukommen wird. Die US-Regierung wird ihre Ziele nicht aufgeben, und die UNO wird immer wieder überlegen müssen, was sie der fortschreitenden Aggression entgegensetzen kann. Wenn Staaten von anderen bedroht werden, müssen die Vereinten Nationen ihnen beistehen, und dazu kann auch die Schweiz als UNO-Mitglied einen Beitrag leisten.